

buddhistischen Bevölkerung abzusichern und fortzuschreiben. Ich habe derzeit alle meine Hoffnungen aufgegeben, obwohl ich für diese Regierung im Wahlkampf hart gearbeitet habe. Ich glaube nicht mehr daran, daß die Präsidentin die Probleme lösen kann.

Die eskalierende Situation der letzten Monate hat dann auch wieder sinhalaisisch-buddhistische Extremisten und Teile des buddhistischen Klerus gestärkt. Diese Kräfte widersetzen sich mit aller Kraft den notwendigen politisch-administrativen und verfassungsmäßigen Reformen wie dem Übergang von einem Einheitsstaat zu einem föderativen Staatesgebilde, weil sie glauben, nur in einem Einheitsstaat ginge das 'sinhalaisische Monopol' nicht verloren. In der ideologischen Überzeugung dieser Kräfte muß Sri Lanka deshalb weiterhin ein sinhalaisisch-buddhistischer Staat bleiben, in dem die sinhalaisischen Buddhisten die bestimmende Kraft sind. Der Übergang von einem Einheits- hin zu einem föderativen Staat würde den multi-ethnischen, multi-religiösen und multi-linguistischen Charakter des Staates anerkennen. In ihrem Fanatismus übersehen diese Kräfte jedoch, daß gerade sie es sind, die die Teilung des Landes immer mehr vorantreiben und so die weitere Destabilisierung der Region fördern.

Was ist die Rolle der tamilischen Anti-LTTE-Parteien derzeit?

Es ist eine eher traurige Situation. Sie stecken in einem Dilemma. Ihnen wäre es natürlich recht, wenn die LTTE geschwächt würde, weil ihr eigenes Überleben durch die LTTE gefährdet ist. Andererseits hat man der Regierung vertraut, weil man dachte, Chandrika Kumaratunga würde es wohl schon richten. Aber da hat man sich wohl geirrt. Die Regierung hat bis heute diesen sogenannten demokratisch-tamilischen Parteien keine angemessene Gelegenheit gegeben, ihre Vorschläge im Hinblick auf eine Friedenslösung zu unterbreiten und diese mit in das von der Regierung vor mehr als einem Jahr vorgestellte 'Devolution Proposal' einzubeziehen. Ich glaube, diese Gruppen und Parteien haben jetzt realisiert, daß von dieser Regierung nicht viel zu erwarten ist und daß man sich umorientieren muß. Andererseits ist natürlich eine enge Bindung und ein gutes Verhältnis zur Regierung für das eigene Überleben von Bedeutung. Sie stecken wirklich in einer sehr schwierigen Lage. Sie haben das Risiko auf sich genommen, offen die neue Regierung zu unterstützen. Und sie haben sich zu den militärischen Offensiven nur sehr moderat geäußert, obwohl diese zu großen Zerstörungen von tamilischem Eigentum geführt haben. Die einzige Alternative, die ihnen bleibt, ist, mit tamilischen Intellektuellen und progressiven sinhalaisischen Kräften zusammenzuarbeiten, um eine dritte Kraft zu bilden.

Konfliktlösung: Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

von Bryn Wolfe

Seit April 1995 werden die Auseinandersetzungen in Sri Lanka von der internationalen Staatengemeinschaft als ein rein interner Konflikt betrachtet, in den man von außen nicht eingreifen sollte. Nach Meinung des Forums basiert dieser offensichtliche internationale Konsens jedoch auf zwei Fehleinschätzungen des Konfliktes: erstens, daß der Bürgerkrieg auf den Nordosten der Halbinsel begrenzt sei und zweitens, daß die sri-lankische Regierung durch ihre Stärke entweder einen entscheidenden militärischen Erfolg erlangen oder eine Verhandlungslösung erzwingen kann.

Dieser Ansatz drückt sich auch in der Einschätzung der beiden Konfliktparteien aus. Die LTTE wird allgemein als Aggressor betrachtet, der die Friedensverhandlungen einseitig abgebrochen hat. Zudem werden die 'Tamil Tigers' als eine bedrohliche militärische, beziehungsweise terroristische Organisation angesehen, der die politische Reife fehlt, ihre militärischen Erfolge in eine pragmatische Politik der Zugeständnisse im Sinne einer regionalen Autonomie umzusetzen. International wird zunehmend die Aufrichtigkeit der LTTE in Frage gestellt, da sie die bisherigen Verhandlungen immer wieder, klassisch maoistisch, als Atempause genutzt hat, um ihre militärische Schlagkraft zu erneuern.

Im Gegensatz hierzu wird die Regierung von Chandrika Kumaratunga als eine politische Reformkraft betrachtet,

die mit der Selbstverpflichtung an die Macht gelangte, ein Programm zur Verfassungsreform, zum Schutz der Menschenrechte und für Verhandlungen um eine friedliche Lösung des ethnischen Konfliktes umzusetzen. Im Verlauf der beiden letzten Jahre haben internationale Beobachter an dieser Einschätzung festgehalten, obwohl die Regierung keine dieser Reformen realisieren konnte.

Das Forum hat stets die Meinung vertreten, daß es unnützlich ist, sich gegenseitig die Schuld für das Scheitern der vorgegangenen Verhandlungen zuzuweisen. Das vorrangige Ziel muß sein, Mittel und Wege für konstruktive Gespräche zu finden. Auf beiden Seiten halten jedoch die Menschenrechtsverletzungen an, und die Zunahme der Kampfhandlungen seit April 1995 ging mit weiteren Grausamkeiten auf beiden Seiten einher. Im Januar 1996 hat der Bombenanschlag der LTTE auf die Zentralbank in Colombo etwa 100 Todesopfer und mehr als 1.000 Verletzte gefordert. Im gleichen Monat wurden jedoch auch 24 Zivilisten durch Regierungssoldaten in Kumarapuram nahe Trincomalee massakriert. Eine UN-Gruppe registrierte 1995 allein 36 Fälle von "Verschwindenlassen", die auf das Konto von Regierungssoldaten gingen.

Die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft auf die dramatischen Veränderungen in Sri Lanka innerhalb der vergangenen zwölf Monate waren

eher mild. Sie stützen sich weiterhin auf die diplomatischen Analysen unmittelbar nach dem Wahlerfolg der 'Peoples Alliance' von Chandrika Kumaratunga 1994 und deren Selbstverpflichtung für Frieden und Menschenrechtsreformen. Die Einschätzung der Kumaratunga-Regierung wird vor allem durch deren knappe Mehrheit im Parlament von nur einem Sitz geprägt. Ihre Regierung ist sowohl von der Unterstützung nationalistischer sowie auch reformbereiter Sinhalaisen abhängig. Den internationalen Beobachtern widerstrebt es daher, in irgendeiner Weise in den ethnischen Konflikt einzugreifen, um die Stellung der Regierung nicht zu schwächen.

Zudem geht man in diplomatischen Kreisen davon aus, daß die Regierung durch eine Guerilla-Armee herausgefordert wird, die den Waffenstillstand gebrochen und sich von den laufenden Friedensverhandlungen zurückgezogen habe sowie wahllos gegen Militärs und Zivilisten vorgehe. Diese Analyse ist weit davon entfernt, die beiden Seiten zu neuen Verhandlungen zu ermutigen. Sie hat sogar dazu geführt, daß einige Regierungen den Bürgerkrieg, wenn auch unbeabsichtigt, gefördert haben, indem sie, wie beispielsweise Großbritannien, das Waffenembargo gegenüber der sri-lankischen Regierung aufgehoben haben. Das Forum ist überzeugt, daß der Ausbau der Waffenarsenale auf beiden Seiten den Konflikt nicht beenden wird,



Regierungstruppen in Jaffna (Foto: Verteidigungsministerium, Colombo)

sondern vielmehr das Leiden und Sterben der Zivilisten verlängert.

Nur wenige bemerkenswerte Ausnahmen dieser internationalen Nichteinmischungspolitik sind festzustellen. So haben sich die Regierungen von Australien, Kanada und Norwegen als Vermittler angeboten. Doch trotz ihrer ständigen öffentlichen Beteuerungen hat keine der beiden Konfliktparteien dieses Angebot formell akzeptiert. Dementsprechend wird allgemein angenommen, daß derzeit keine Seite tatsächlich verhandlungsbereit ist. Für die Mehrheit der internationalen Beobachter ist der Bürgerkrieg in Sri Lanka nur noch ein rein interner Konflikt, der keine internationale Bedeutung mehr verdient. Das Ergebnis kann jedoch nur sein, daß die Zerstörungen und Leiden der Bevölkerung auf unbestimmte Zeit anhalten.

Die Rüstungsausgaben nehmen bereits mehr als ein Fünftel des Bruttosozialprodukts von 1994 ein und haben somit ein verhängnisvolles Ausmaß erreicht. Etwa 50.000 Regierungssoldaten sind derzeit auf der Halbinsel Jaffna stationiert. Jedoch sollte man sich daran erinnern, daß sich die LTTE 1990 selbst der mit etwa 70.000 Mann weitaus stärkeren indischen Friedenstruppe erfolgreich widersetzt hat. Es ist auch vorauszusehen, daß die 'Tamil Tigers' selbst bei anhaltenden militärischen Niederlagen an ihrem Märtyrertum festhalten und ihre terroristischen Anschläge verschärft fortsetzen werden. Die aktuellen Menschenrechtsberichte zeigen auch, daß die Si-

cherheitskräfte alle Terrorakte unmittelbar mit drakonischen Gegenmaßnahmen, wie extralegale Folterungen oder Massenhinrichtungen von Verdächtigen, beantworten. All diese Faktoren werden Sri Lanka weiter destabilisieren und zukünftige politische Lösungen erschweren.

Doch lehrt die jüngere Vergangenheit, daß weltweit verschiedene Strategien zur Lösung langwieriger interner Konflikte erfolgreich waren. Südafrika, der Nahe Osten und Nordirland haben gezeigt, daß gemeinsame internationale Anstrengungen die Eigendynamik solcher Konflikte positiv beeinflussen können.

Für mehr als ein Jahrzehnt wurden viele Millionen Dollar für Investitionen und Finanzhilfen an Sri Lanka gezahlt. Doch die beteiligten Geberländer haben sich nicht zu einer politischen Allianz zusammengeschlossen, um eine gerechte Lösung des Bürgerkriegs zu erreichen. Das 'NGO-Forum on Sri Lanka' ruft deshalb die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, ihre Finanzhilfe mit einer diplomatischen Initiative für eine Verhandlungslösung dieses ethnischen Konfliktes zu verbinden.

Der weltweite Einsatz für Frieden und Sicherheit ist eine der drängendsten Aufgaben aller Regierungen. Dies kann durch Maßnahmen der Vereinten Nationen, durch regionale Gremien für die friedliche Zusammenarbeit oder auch durch zwischenstaatliche Abkommen erreicht werden. Wichtig ist jedoch der allgemeine Konsens darüber, daß die

gemeinsame humanitäre Verantwortung keine geographischen, religiösen oder ethnischen Grenzen kennt.

Das 'NGO-Forum on Sri Lanka' kann den Regierungen keine konkreten Maßnahmen in Sri Lanka vorschreiben, solche Entscheidungen können nur die Regierungen selber treffen. Sie allein sind in der Lage, hierzu die notwendigen Ressourcen und den Sachverstand zusammenzubringen. Das Ziel des Forums ist es jedoch, die offensichtliche Billigung der Fortdauer dieses unheilvollen Krieges durch die internationale Politik zu beenden. Vielmehr sind ernsthafte und entschlossene Anstrengungen auf internationaler Ebene notwendig, um die Bedingungen für die Wiederherstellung des Friedens in Sri Lanka zu erreichen.

(Bryn Wolfe ist Sekretär des 'NGO-Forum on Sri Lanka' mit Sitz in London. Das 'Forum' ist ein internationales Netzwerk verschiedener Organisationen (u.a. Misereor, Diakonisches Werk), die sich für soziale Gerechtigkeit und Entwicklung in Sri Lanka einsetzen. Das Forum strebt eine objektive, unparteiische Beobachterrolle an. Dies gilt sowohl für seine Stellung gegenüber der LTTE wie auch gegenüber der Regierung. Wenn überhaupt, so nimmt das Forum Partei für die Belange der Bevölkerung Sri Lankas. Bei seinen Ausführungen handelt es sich um eine Rede, die er anlässlich der vor kurzem stattgefundenen Konferenz "Frieden mit Gerechtigkeit in Sri Lanka" in Canberra, Australien, gehalten hat. Übersetzung und Bearbeitung durch J. Clemens)